

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Die Leipziger Volkszeitung enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Leipzig, des Polizeipräsidenten Leipzig und des Stadtrats zu Großsch.

Bezugspreis mit Illust. Beilage Volk und Zeit für einen Monat einchl. Bringerlohn 150 G. Pfa., für Selbstabholer 140 G. Pfa. — Durch die Post 2 G. M. ohne Beleggeld. — Einzelnummer 10 G. Pfa. — Telefon für Kontor und Expedition: 22721 u. 24506, für die Inseraten-Abteilung 22721. Postcheckkonto Nr. 53477	Redaktion: Leipzig, Tauscher Str. 19/21 Telegraphen-Adresse: Volkszeitung Leipzig Telephon 13693. — Verlag in Leipzig, Tauscher Straße 19/21 — Telephon 24506	Inseratenpreise: Die 10gepalt. Kolonelleite 30 G. Pfa., bei Platzvorkauf 35 G. Pfa., Familiennachrichten von Privaten die 10gepalt. Kolonelleite 15 G. Pfa., Reklamezeile 1.50 Goldm., Inserate v. ausw.: die 10gepalt. Kolonelleite 35 G. Pfa., bei Platzvorkauf 40 G. Pfa., Reklamezeile 1.75 Goldm., Annahme bis 9 Uhr vorm.
--	--	--

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Abonnementsbestellungen nehmen die Austräger, unsere Zweiggeschäfte und alle Postanstalten entgegen.

Um den Beitritt zum Völkerbund.

England und Frankreich für Deutschlands Eintritt.
SPD. Genf, 10. September. Die dritte Kommission setzte am Mittwochmorgen ihre allgemeine Erörterungsdebatte fort. Die Vertreter Schwedens und Japans bekannten sich beide zum Schiedsgerichtsgedanken, betonten aber, daß Abriistung ohne Garantie unmöglich sei. Lord Parmoor betonte nochmals den englischen Standpunkt, daß besondere Garantieverträge nicht notwendig seien, da die im Vorkrieg vorgegebenen Garantien genügt. Ein Abriistungspakt ist aber solange unvollkommen, als Deutschland nicht Mitglied des Völkerbundes ist. Es ist ein Vorteil für den Völkerbund und für Deutschland selbst, wenn es eintritt. Es ist heute noch nicht möglich zu sagen, ob Deutschland noch im Laufe dieser Sitzung an der Arbeit der Kommission teilnehmen kann. Ich lege jedoch Wert darauf, entsprechend den Erklärungen Macdonalds nochmals zu erklären, daß die englische Delegation jeden Vorschlag, der auf eine Zulassung Deutschlands hinausgeht, mit allen Mitteln unterstützen wird. Im gegebenen Augenblick wird hierzu die britische Delegation mit einem Vorschlag hervortreten. Boncour-Frankreich stellt die Unentbehrlichkeit der beiden Fragen: Sicherheit und Abriistung in den Vordergrund seiner Ausführungen, gibt aber zu, daß die im Garantiepakt vorgegebenen Verpflichtungen über die im Vorkrieg geplante Grenze noch hinausgingen. Die Garantieverträge dürften sich den Sonderverträgen vor dem Krieg gleichen. Die französische Delegation vertritt die Auffassung, daß alle Nationen außer die Karten auf den Tisch legen müssen. Die Kommission müßte unbedingt zu einem Ergebnis in der Abriistung kommen, wenn nicht der Völkerbund und ganz Europa zugrunde gehen sollen. Die Schiedsgerichtsfrage sei nicht von der Abriistung zu trennen. Boncour stimmt Lord Parmoor schließlich darin zu, daß die Verträge nicht eher zu einem ersten Schritt werden können, als Deutschland in den Völkerbund eingetreten ist. Als letzter Redner spricht Vanage-Norwegen, der ausführt, daß die Abriistung nur gegen Garantie möglich sei. Als Verhandlungsmittel empfiehlt er die Anwendung von entmilitarisierten Zonen. Es sei auch noch sehr fraglich, ob angesichts der modernen Waffen das Problem einer militärischen Verteidigung nicht überhaupt eine Chimäre sei.

Lord Parmoor beugt Irrtümern vor.

II. Genf, 11. September. Lord Parmoor empfing am Mittwochabend die Pressevertreter und gab u. a. eine ergänzende Erklärung zu dem britischen Standpunkt über den Eintritt Deutschlands in den Völkerbund ab. Lord Parmoor erklärte, daß die auch von der Telegraphen-Union gebrachte Mitteilung, Großbritannien werde zu gegebener Zeit hierüber Vorschläge machen, sich nicht auf Deutschlands Eintritt in den Völkerbund, sondern auf das Schiedsgerichtsverfahren beziehe. Auf eine Frage führte Lord Parmoor weiter aus: Falls Deutschland aufgenommen werden wolle, müßte es einen Antrag stellen, der von der Kommission dahin geprüft werden müßte, ob alle Vorbedingungen, die der Pakt vorschreibt, erfüllt seien. Wenn dies der Fall sei, so würde der Antrag der Vollversammlung vorgelegt, die darüber zu bestimmen habe. Weiter sagte Lord Parmoor, daß die Frist für Deutschlands Eintritt während dieser Sitzungsperiode noch nicht abgelaufen sei. Unter Bezugnahme auf das Schiedsgericht sagte Lord Parmoor, England werde mit allen Mitteln seine Forderungen zu stützen suchen.

III. Berlin, 11. September. Ein Mitarbeiter der Vossischen Zeitung hatte Gelegenheit, den ehemaligen Kommandanten der amerikanischen Truppen am Rhein, General Allen, über seine Stellung zum Völkerbunde zu befragen. Allen erklärte: Wäre ich Deutscher, so würde ich es mir drei oder viermal überlegen, ob Deutschland jetzt in den Völkerbund einzutreten soll. Aber wenn ich es mir fünfmal überlegt hätte, dann bliebe ich unbedingt auf dem Standpunkt stehen. Gerade in diesem Augenblick kann Deutschland sich nicht isolieren, denn niemand kann heute voraussehen, wie lange in Frankreich Herrriot am Ruder bleiben wird und wie für den Fall der Auflösung des englischen Parlaments die Neuwahlen ausfallen werden. Jetzt haben die 46 Staaten, die sich in Genf zusammengesunden haben, der grundsätzlichen Verständigungsformel zwischen Herrriot und Macdonald zugestimmt. Vielleicht kommt eine solche Konstellation wie die augenblickliche nicht wieder. Tritt Deutschland jetzt in den Völkerbund ein, so ist die Frage der Aufnahme Deutschlands in den engeren Rat für die Zukunft gelöst, gleichviel, ob sie auf dem Papier steht oder nicht. Es versteht sich ja von selbst, daß Deutschland, die große Werkstätte des Welt-handels, im Herzen Europas stehend, unmöglich aus dem Engeren Rat ausgeschaltet bleiben kann, wenn es erst Mitglied des Völkerbundes ist. Sieht Deutschland mit am Tische der Verhandlungen, so ist es nicht mehr Objekt, sondern Subjekt der Weltpolitik, das sein Schicksal mitbestimmt. — Nach Allens Ansicht hätten wir ganz andere Ergebnisse in der obersten Frage erzielt, wenn wir damals bereits Mitglied des Völkerbundes gewesen wären. Auch für die Anteilnahme in Amerika und besonders für die privaten Kredite, die in viel größerem Umfang in Aussicht stehen, als man bis jetzt in der Öffentlichkeit erfahren hat, sei es von großem Belange, daß Deutschland endgültig als gleichberechtigtes Mitglied der großen Völkerfamilie auftritt.

Und was tut die Reichsregierung?

Sie scheint nichts Besseres zu tun zu haben, als ihre Minister auf Urlaub zu schicken und unterdessen alles zu versuchen, um Deutschland außenpolitisch zu isolieren und innenpolitisch alle Voraussetzungen zu zerstören, die notwendig sind, um der Regierung Respekt im Ausland zu verschaffen. Die Reichsregierung scheint das Wichtigste ihres Verhaltens immer noch nicht begriffen zu haben. Sie macht jedenfalls keine Anstalten, das Aufnahmever-

fahren vor dem Völkerbund einzuleiten und hält es im übrigen auch nicht für nötig, die Öffentlichkeit über ihre Absichten zu informieren.

Genosse Reichstagsabgeordneter Löbe, der, wie die ganze sozialdemokratische Partei seit langem den Beitritt Deutschlands zum Völkerbunde bestritten hat, hat einen offenen Brief an den Reichsaußenminister Dr. Stresemann gerichtet, worin er Dr. Stresemann auf den günstigen Augenblick für den Anschluß Deutschlands an den Völkerbund hinweist. Wie es scheint, soll Löbes Bemühungen auch diesmal vergeblich sein.

Eine Antwort auf Löbes Brief ist noch nicht erfolgt, dafür hat aber die Zeit, das Organ Stresemanns, der neuerdings wieder als junger Mann der Deutschnationalen seine „erfüllungspolitische“ Schuld zu sühnen versucht, zu dem Verlangen nach dem Beitritt Deutschlands zum Völkerbunde Stellung genommen und unzweideutig erklärt, die Einreichung eines Aufnahmeantrages sei verzehrt, da Deutschland sich der Gefahr der Ablehnung seines Antrages nicht aussetzen könne. Wie fadenscheinig diese Argumente sind, beweisen ja die oben wiedergegebenen Ausführungen der englischen und französischen Völkerbundsdelegierten zur Genüge.

Es ist der Reichsregierung in Wirklichkeit auch um etwas ganz anderes zu tun als um die Gefahr der Ablehnung. Das Spiel geht um den Bürgerkrieg und um die Verpflichtungen, die die Stresemänner eingegangen sind, um den Anfall der deutschnationalen „Jäger“ bei der Abstimmung über das Eisenbahngesetz zu ermöglichen. Die Leipziger Neuesten Nachrichten wissen heute zu melden, daß die Reichsregierung, „um Mißverständnisse vorzubeugen“, die Deutschnationalen habe wissen lassen, daß sie unter allen Umständen an der Notifizierung der Kriegsschuldnote festhalte. Wir wissen nicht, ob diese Meldung zutrifft. Eine Bestätigung liegt bis zur Stunde von keiner Seite vor. Was aber folgen würde, falls die Regierung Marx an ihrer Absicht festhalte, mögen folgende Mitteilungen der bürgerlichen Telegraphenbureaus illustrieren:

II. Paris, 11. September. Der Temps erzählt aus Brüssel, daß der Berliner belgische Gesandte sich dem letzten Sonntag von seinem französischen Kollegen unternommenen Schritt nunmehr angeklaffen hat und im Antrage seiner Regierung gegen die beabsichtigte Notifizierung der Note über die Kriegsschuldfrage Protest eingelegt hat. Die höchsten Beamten des Deutschen Reiches, betont das Blatt, sind sich alle darin einig, die Note als inopportun zu bezeichnen.

III. Haag, 9. September. Die holländische Presse bedauert die beabsichtigte Erklärung der deutschen Regierung in der Kriegsschuldfrage, die in der verächtlichen Stimmung einen harten Mißton bräute und den Erfolg der Genfer Friedensarbeit gefährde.

Besonders scharf schreibt Het Volk. Die Erklärung sei ein Fehltritt, womit Berlin den Genfer Friedenspakt zerstöre. Jeder wisse, daß Deutschland nicht allein schuldig sei. Für die Geschichte sei dies eine Binsenwahrheit. Seit vier Monaten habe die Welt mit den Erpressern des Schuldgeständnisses abgerechnet, aber die deutsche Erklärung, die auch eine Mißhandlung abliehe, sei eine Verleumdung gegen alle, die ihre Hoffnungen auf Genf setzten.

Die meisten Zeitungen betonen, daß die Erklärung zu weit gehe, da sie auch eine Mißhandlung nicht anerkenne.

II. Paris, 11. September. United Press meldet aus Washington, daß die amerikanischen maßgebenden Kreise die deutsche Note über die Kriegsschuldfrage als unklar beurteilen. Das Blatt schreibt: Obwohl die Auffassung Amerikas über die deutsche Kriegsschuld eine allgemeine Wandlung erfahren habe, wird die in Aussicht gestellte Zirkularnote des Reiches doch als unklar bezeichnet. Man ist der Ansicht, daß der Augenblick für die Abwendung der Note sich nicht günstig ist. Es ist klar, daß die Note nicht zur Klärung des Problems beitragen wird, sondern im Gegenteil die wissenschaftliche Nachforschung, die die Theorie von der Kriegsschuld Deutschlands immer mehr in Frage stellt, hemmen wird. In politischen Kreisen wird erklärt, daß die Note nur Wasser auf die Mühlen der Gegner liefere. Während zugegeben wird, daß Marx den Deutschnationalen entgegenkommen mußte, wird andererseits zu verstehen gegeben, daß der Kanzler weit besser daran würde, eine inoffizielle Mitteilung an Stelle einer offiziellen Note zu veröffentlichen. Wenn Marx auf seiner Absicht beharre, sei anzunehmen, daß besonders die Stellung Herrriots eine Schwächung erfahren werde.

Es sieht so aus, als ob die Regierung bestrebt wäre, mit Gewalt die deutschlandsfreundliche Stimmung zu zerstören, die überall um sich greift, und selbst die Neutralen vor den Kopf stoßen. Von rein agitatorischem Standpunkte aus könnte uns nichts willkommen sein, als daß die Deutschnationalen, noch ohne in der Regierung zu sitzen, das Verhängnis ihrer Diplomatie vor aller Augen führen wollten. Das Ergebnis kann aber von so nachhaltiger Wirkung sein, daß die Reichsregierung eindrucksvoll gewarnt sein müßte, sich zum Werkzeug der deutschnationalen Kraftmeterei machen zu lassen und die außenpolitische Situation des Reiches durch „unfluge“, um kein schärferes Wort zu gebrauchen, „verbrecherische“ Märsche u. d. d. am Platze Gassen zu gefährden.

Die innere Unwahrheit der christlichen Kirchen.

(Ein Epilog zu München und Hannover.)

F. A. C. „An ihren Früchten sollt ihr sie erkennen!“ So lasen wir früher einmal in einem Buche, das frommer Glaube „heilig“ nennt. Dieses Wort zog wieder durch unsern Sinn, als wir Verhandlungen und Ergebnisse der beiden großen kirchlichen Tagungen kritisch überdachten. Wir sprechen von den beiden Generalversammlungen der Katholiken Deutschlands und des Evangelischen Bundes, die Ende August und Anfang September stattfanden. Schon die Tatsache der Tagungsorte zeigt ein Programm. Die Katholiken zogen in die protestantische Leibniz-Stadt, wo ihr charaktervollster Führer Windthorst begraben liegt, während die Protestanten in der katholischen Domäne Hitlers tagten. Wir lassen ihre Streitigkeiten dogmatischer Natur völlig außer acht. Es ist aber heute weniger als früher möglich, an neuauftretenden Orientierungen achtlos vorüberzugehen, sobald sie das politische Leben betreffen.

Beginnen wir mit dem ethisch vielleicht etwas höher stehenden Katholizismus. Viel, sehr viel ist da in Hannover gesagt worden, was uns aus dem Herzen gesprochen ist. Wenn Dr. Wirth im Hinblick auf Faschismus und Hakenkreuzer ausführt: „Es ist darum die Aufgabe der Katholiken, die junge Welt vor Verwirrungen zu bewahren, die allein enden mit der Vergötterung der Gewalt“, oder der Rektor der Universität Würzburg, Prof. Dr. Kuland vorträgt: „Das Verhältnis des Kapitals zur Arbeit ist zur tyrannischen Ausbeutung und Unterdrückung geworden“, so werden wir diese Sätze ebenso freudigen Herzens unterschreiben, wie die Worte des Reichstagsmarschallers Marx: „Dem Volke muß die Idee beigebracht werden, daß das Volk selbst der Staat ist, und daß es gegen den Staat nicht Forderungen zu erheben hat, die es selbst erfüllen kann“, und wenn er weiter den Unternehmern zuruft: „Ihr dürft eure Macht nicht bis zum Neukerzen ausnützen! Ihr müßt Gerechtigkeit üben!“ Aber die Auswirkungen kirchlichen Denkens machen uns so sehr mißtrauisch gegen alle die schönen Bekenntnisse, die in letzter Zeit lawinenhaft von katholischer Seite auf uns niederstürzen.

Aus allem sozialen Geranke taucht immer wieder der Grundgedanke auf: „Sinweg mit dem Unglauben, der christliche Geist muß unseren Schulen erhalten bleiben“ (Marx), oder: „Die Wiedervereinigung aller Christen in der katholischen Kirche muß kommen in dem Sinne: Eine Kirche, eine Herde (und natürlich: Ein Hirte, der Papst in Rom)“. Also spricht der Paderborner Prof. Simon. Und Herr Kuland läßt sich vernehmen: „Wahre Versöhnung zwischen Kapital und Arbeit kann nur das Christentum bringen, das den beiden Elementen unter dem ewigen Sittengesetz die entsprechende Stellung zuweist.“ Das Christentum hatte eben bisher leider erst 2000 Jahre Zeit, das „ewige Sittengesetz“ auch dem Proletariat nutzbar zu machen. Um so mehr ist Prof. Kuland zu seiner Philippika wider den bösen Sozialismus berechtigt, der nach Prof. Kuland jedes psychologischen Verständnisses der Menschennatur entbehrt und „eine der größten und gefährlichsten Irrlehren“ ist.

Ziehen wir das Fazit aus den ethischen Proben, so anerkennen wir den christlichen Willen, der in gewissen Wortführern des deutschen Katholizismus steckt, die wirtschaftlichen Nöte der Zeit zu ergründen. Wir müssen aber ebenso bestimmt ihre Unfähigkeit konstatieren, die wahren Gründe und die einzig richtigen Heilmittel aufzufinden. Wahnhafte Wendungen kann nicht kommen durch gefühlsduselige Berühmungsversuche zweier Klassen. Sie kann nur kommen durch Aufhebung der Klassenherrschaft, die nicht etwa von außen her in die Welt gebracht wird, sondern das Resultat eines schweren Klassenkampfes sein wird, den die Arbeiterklasse auf sich selbst gestellt führen muß!

Wesentliche andere Töne wurden in München gesungen, wo die Evangelischen tagten. Gab in Hannover der Bloß auf Windthorst's Grab Ziel und Richtung, so in München das Wehen der schwarz-weiß-roten Fahnen von sämtlichen protestantischen Richtungen. Die Mader scheinen sich der Ironie gar nicht bewußt zu werden, die darin liegt, daß jetzt, nachdem die Katholiken so energisch vom Hakenkreuz abriden, ihm der Tropfen Salböl des Ev. Bundes die nötige „Weiche“ verleihen soll. Bei solcher Einstellung ist es nicht verwunderlich, daß der Studienprofessor Höfler-Nürnberg ausführen konnte: „Die völkische Bewegung ist eine deutsche Volksbewegung großer Stils. Sie ist herausgewachsen aus der deutschen Not. Der Protestantismus muß sich um seiner Selbstbehauptung willen erfassen lassen von dem tapferen Tatwillen (Ludendorff?), der in der völkischen Bewegung steckt usw. usw.“ Der gute Mann verspottete das höchste Große, das noch im Protestantismus als Kulturbewegung steht und merkte nicht einmal, wie sehr er dem Ethos seiner Kirche ins Gesicht schlug. Nehmen wir Sozialdemokraten eine Lehre daraus: Beide Bewegungen sind